

Das Programm „Aktiv im Alter“





Wie wollen wir morgen leben?

Ausgangslage

Die Zukunft unserer Gesellschaft wird immer nachhaltiger von älteren Menschen geprägt. Die demografische Entwicklung, die zu einem starken Anwachsen der Anteile der älteren Menschen an der Gesamtbevölkerung führen wird, verläuft innerhalb der Prognosezeiträume mit unterschiedlichen Altersausprägungen.

Gerade die Gruppe der „Jungen Alten“ ist zunehmend bereit, Kenntnisse und Erfahrungswissen in die Gesellschaft einzubringen. Sie werden für die eigene Generation und ebenso für die nachkommenden Generationen aktiv. Sie stützen das traditionelle Ehrenamt, sind aber auch immer stärker daran interessiert neue Projekte aufzubauen. Dabei erwarten sie eigene Gestaltungsmöglichkeiten, sie wollen ihre Ideen verwirklichen, auf Augenhöhe mit Trägern, Hauptamtlichen, Rat und Verwaltung beraten und mitentscheiden. Engagement braucht Partizipation und Partizipation schafft Engagement.

Das Engagement älterer Menschen liegt in ihrem eigenen Interesse, es erhält die Sozialkontakte und baut neue auf, erweitert Wissen und geistige Kapazitäten, gibt das Gefühl „gebraucht“ zu werden. Aktiv sein macht Spaß, Weiterentwicklung und das Ausloten der eigenen Fähigkeiten und Möglichkeiten. Die Bestätigung des bereits Erworbenen und die Möglichkeit diese Erfahrungswissen in die Zukunft der Gesellschaft weiter zu reichen schafft Lebenssinn. Das Engagement der Älteren bringt gleichzeitig einen Gewinn für die Gemeinschaft. Viele Einrichtungen und Institutionen sind ohne das freiwillige Engagement der Älteren nicht überlebensfähig. Die Erfahrungen des Alters geben in einem hektischen Alltag eine neue Dimension und schaffen Lebensqualität. Die noch ältere Generation baut ebenso wie die nachfolgenden Generationen auf die Unterstützung der „jungen Alten“. Das Engagement der Älteren ist gelebte Generationensolidarität.

Zielsetzung

Ziel des Programms „Aktiv im Alter“ war es, ein **Leitbild des Aktiven Alters** in den Kommunen zu implementieren oder zu festigen.

Hierzu wurden partizipatorische Prozesse gestartet, in die alle gesellschaftlichen Akteure einbezogen wurden und in denen ältere Menschen erweiterte Handlungsspielräume und Partizipationschancen erhielten. Das Programm schuf die Voraussetzungen dafür, dass gesellschaftlich akzeptierte, verantwortliche Rollen für das Alter entstanden sind, die von älteren Menschen nach eigenen Präferenzen und in Abstimmung mit den kommunalen Bedarfslagen ausgefüllt werden konnten. Das Programm sollte die Verantwortung von Kommunen und Trägern für das freiwillige Engagement verstärken, Einrichtungen und Institutionen für das Bürgerengagement öffnen, die Eigeninitiative älterer Bürgerinnen und Bürger fördern und so zur Weiterentwicklung der Zivilgesellschaft beitragen.



Das Programm „Aktiv im Alter“ sollte zu einem realistischen Altersbild in der Gesellschaft beitragen, dem vorherrschenden Belastungsdiskurs des demografischen Wandels entgegentreten und die Potenziale älterer Menschen stärker in den Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion rücken.

Programmablauf

Unter Federführung der Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen (BAGSO) und Beteiligung der als Partner gewonnenen gesellschaftlichen Akteure sowie Vertretern aus Wissenschaft und Praxis wurde ein Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – ältere Menschen in Kommunen“ erarbeitet.

Zentrale Forderungen sind der stärkere Einbezug älterer Menschen in das kommunale Leben und die Ermöglichung von Mitgestalten und Mitentscheiden im Lebensumfeld, die Kooperation und Vernetzung der kommunalen Akteure und eine konstruktive Zusammenarbeit zwischen Haupt- und Ehrenamtlichen.

Memorandum „Mitgestalten und Mitentscheiden – ältere Menschen in Kommunen“

Präambel

Der demografische Wandel bringt für die Bundesrepublik Deutschland grundlegende Veränderungen im Altersaufbau der Bevölkerung, da es künftig mehr ältere und weniger jüngere Menschen geben wird. Dieser Wechsel in der Altersstruktur geht mit großen sozialen, ökonomischen und politischen Herausforderungen einher. Sie sind nur zu bewältigen, wenn Staat, Wirtschaft und Zivilgesellschaft gemeinsam ihren Beitrag dazu leisten. In den Kommunen ist unmittelbar zu erleben, wie gut dies gelingt.

Seniorinnen und Senioren sind in immer stärkerem Maße daran interessiert, das Gemeinwesen mitzugestalten und sind bereit, Verantwortung gegenüber der eigenen sowie den nachwachsenden Generationen zu übernehmen. Die Potenziale der Älteren sind für die Gesellschaft ein Gewinn, denn mit dem Altern steigen Lebenserfahrung und Vielfalt des Wissens. Vorstellungen, die das Alter vorrangig als Belastung sehen, steht das bereits von vielen Menschen verwirklichte Modell eines aktiven und engagierten Alters entgegen.

Engagement braucht Partizipation und Partizipation schafft Engagement. Viele Ältere wünschen sich, in Planungs- und Entscheidungsprozesse einbezogen zu werden. Entscheidungsträger und Verantwortliche sind daher aufgefordert, insbesondere im kommunalen Lebensumfeld bessere Beteiligungsmöglichkeiten zu fördern und auszubauen, Hemmnisse zu überwinden und mit freiwillig engagierten Menschen partnerschaftlich zusammenzuarbeiten.

Ein aktivierender Staat und die Zivilgesellschaft tragen Sorge für verlässliche Rahmenbedingungen, die Mitgestalten und Mitentscheiden ermöglichen. Kommunen und Organisationen, die das Bürgerengagement fördern, gewinnen zusätzliche Handlungsspielräume.

Als Vertreterinnen und Vertreter von Bund, Ländern und kommunalen Spitzenorganisationen, Kirchen, Wohlfahrtsverbänden und Seniorenorganisationen



setzen wir uns für ein neues Leitbild des aktiven Alters und für eine stärkere Beteiligung älterer Frauen und Männer ein.

Leitlinien

Chancen des Alters – Chancen des demografischen Wandels

1.

Die Kommunen und die das Gemeinwesen mitgestaltenden Partner wie Kirchen, Initiativen und Verbände erkennen die Chance, die in dem Potenzial älterer Menschen liegt, und werden diesem neuen Raum geben.

Sie fördern das Engagement in den bestehenden Strukturen und unterstützen die Übernahme neuer Tätigkeiten in Selbstorganisation älterer Bürgerinnen und Bürger.

2.

Sie schaffen erweiterte Gestaltungsspielräume innerhalb ihrer Institutionen und Organisationen.

Ältere Menschen werden ebenso wie andere Altersgruppen in die Entscheidungsfindung bei Trägern und Kommunen einbezogen und sind in Gremien und Räten vertreten. Die vielfältigen Verfahren der Bürgerbeteiligung werden weiterhin attraktiv gestaltet.

Unter den Bedingungen des demografischen Wandels wächst die Bedeutung zivilgesellschaftlicher Partizipation, denn sie verbessert den Zusammenhalt aller Altersgruppen und hebt in besonderer Weise die Lebensqualität.

3.

Damit ältere Menschen mitgestalten und mitentscheiden können, brauchen sie Informationen, Transparenz sowie offene Kommunikationsstrukturen, die dialogorientiert, bürgernah und barrierefrei sind.

4.

Es werden Rahmenbedingungen geschaffen, damit allen Menschen unabhängig vom Bildungs- und Einkommensstand, von Geschlecht und der ethnischen Herkunft Teilhabe ermöglicht wird.

Für ältere Migrantinnen und Migranten und sozial Benachteiligte sollen neue Formen des Zugangs zum Ehrenamt gefunden und unterstützt werden.

5.

Mitgestalten und Mitentscheiden bedürfen der partnerschaftlichen Zusammenarbeit von freiwillig engagierten Menschen und Hauptamtlichen bei Trägern, Institutionen und kommunalen Verwaltungen. Weiterbildungsangebote sind deshalb auch für Hauptamtliche erforderlich.

Die Qualifizierung von Engagierten erhöht ihre Wirkungsmöglichkeiten und ist eine Form gesellschaftlicher Anerkennung.

6.

Die Kommunen sehen in der Förderung von aktiver Teilhabe, von Mitgestalten und Mitentscheiden der Bürgerinnen und Bürger im Gemeinwesen eine besondere Aufgabe.

Sie schaffen erweiterte und neue Ermöglichungsstrukturen für das Engagement älterer Menschen.

7.

Durch eine beteiligungsfreundliche, bedarfsgerecht ausgebaute Infrastruktur erschließen die Kommunen neue Engagementpotenziale.



Bürgerschaftliches Engagement wird in der Kommune als Querschnittsaufgabe verstanden, die träger-, institutionen- und bereichsübergreifende Kooperation erfordert.

Um die Koordination und den Erfahrungsaustausch möglichst vieler Akteure zu ermöglichen und Synergien zu fördern, werden kommunale Informations- und Kooperationsplattformen und interkommunale Kooperationen geschaffen.

8.

Nachhaltiges freiwilliges Engagement erfordert Verlässlichkeit. Zu den aktivierenden Rahmenbedingungen gehören klare Regeln und eindeutige Mitbestimmungsrechte. Das erhöht die Bereitschaft älterer Menschen, ihr Wissen ihrer gesellschaftlichen Verantwortung gemäß einzubringen.

9.

Bürgerschaftliches Engagement ist eine Investition zum Nutzen des Gemeinwohls und erbringt eine hohe Wertschöpfung. Seine Ausweitung erfordert eine angemessene Finanzausstattung bei Trägern und Kommunen, die Innovationsfähigkeit wie auch Nachhaltigkeit ermöglicht.

10.

Eine zukunftsgerichtete Kommune gibt dem Alter eine aktive, sinnerfüllte Rolle. Das entspricht den Anforderungen des demografischen Wandels und stärkt ein realistisches Altersbild.

Die teilnehmenden Kommunen ermittelten zunächst den örtlichen Bedarf z.B. durch Fragebogenaktionen. Anschließend wurden Bürger/innen und Bürgern, insbesondere Senioren/Seniorinnen, sowie kommunale Akteure und Entscheidungsträger zu lokalen Bürgerforen zum Thema „Wie wollen wir morgen leben“ eingeladen.

Der so gestartete partizipatorische Prozess mündete jeweils in einer Beschlussfassung und einer konkreten Umsetzung in vielen kommunalen Handlungsfeldern. Ältere Menschen erhielten die Möglichkeit, eigene Projekte zu entwickeln und für das Gemeinwesen aufzubauen. Die Ergebnisse sind bei lokalen Seniorentagen, Seniorenmessen oder Mitmachtagen der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Alle Bundesländer waren in das Programm einbezogen. Insgesamt sind 150 Kommunen aus Bundesmitteln gefördert worden. Das Land Nordrhein-Westfalen hat zusätzlich 20 Kommunen und der Generali-Zukunftsfonds weitere 5 Kommunen unterstützt.